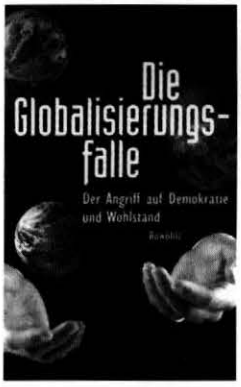
Die Globalisierung als Karikatur vernunftgemäßer Weltwirtschaft

Hinweis auf eine wichtige Neuerscheinung

Hans-Peter Martin und Harald Schumann, beide Jahrgang 1957 und seit zehn Jahren Redakteure beim Nachrichtenmagazin *Der Spiegel*, liefern mit ihrem Buch* erstmals eine verständliche und umfassende Darstellung des sogenannten Globalisierungsprozesses der Wirtschaft. Hierbei gehen sie sowohl auf die Hintergründe und die treibenden Kräfte dieses Phänomens als auch auf dessen Auswirkungen auf die menschliche Gesellschaft und die Umwelt ein. Das Buch umfaßt zehn Kapitel, wovon das erste («Die 20:80-Gesellschaft»[1]) als eine Einführung betrachtet werden kann. «Globalisierung» beinhaltet das nahezu völlig freie Spiel der sogenannten «Marktkräfte» in einer sich internationalisierenden Weltwirtschaft, in welcher aufgrund des zunehmenden Wegfalls staatlicher Schranken und Normen Standorte und Arbeitnehmer in einen «globalen» Konkurrenzkampf miteinander gebracht werden. Die eigentlichen Voraussetzungen dieses Globalisierungsprozesses liegen neben den heutigen technischen Möglichkeiten (elektronische Datenverarbeitung und -übermittelung, industrielle Wege rascher Standortverlegungen) vor allem in der heute gegebenen Möglichkeit, Investitionskapital weltweit praktisch ungehindert zirkulieren lassen zu können, wobei dieses Kapital bevorzugt dort investiert wird, wo die vielversprechendsten Renditen zu erwarten sind. *Der transnationale Finanzmarkt mit seinen Investoren auf der steten Suche nach den am meisten gewinnbringenden Anlagemöglichkeiten muß daher als der eigentliche Motor der Globalisierung der Wirtschaft betrachtet werden.* Bei der «Globalisierung» handelt es sich jedoch nicht um einen gleichsam naturgegebenen Prozeß. Dieser ist vielmehr – und das weisen die Autoren in den nachfolgenden Kapiteln in verdienstvoller Weise nach – durch eine bestimmte Politik seitens der Parlamente und Regierungen zielstrebig herbeigeführt worden: «Vertrag für Vertrag, Gesetz für Gesetz waren es immer die Regierungen und Parlamente, deren Beschlüsse die Barrieren für den grenzüberschreitenden Verkehr von Kapital und Waren beseitigt haben. Von der Freigabe des Devisenhandels über den europäischen Binnenmarkt bis zur fortwährenden Ausdehnung des Welthandelsabkommens GATT haben Regierungspolitiker der westlichen Industrieländer systematisch jenen Zustand selbst heraufbeschworen, mit dem sie nun nicht mehr fertig werden.» (S. 18).

*«Nur, was wir **vor** uns haben, zählt, Kollege!»*

Zwei Vorgänge haben wesentlich zur Herausbildung der heutigen Form der Globalisierung beigetragen: einerseits die allmähliche Abschaffung staatlicher Kapitalverkehrskontrollen in Verbindung mit der Aufga-



* Hans-Peter Martin, Harald Schumann: *Die Globalisierungsfalle - Der Angriff auf Demokratie und Wohlstand*, Rowohlt, 7. Auflage, Reinbek 1996, 352 Seiten, DM 38.--/SFR 35.--, ISBN 3-498-04381-1

«Der EU-Apparat und seine Methoden der Meinungsbildung und Beschlußfassung sind im Zustand der bloßen zwischenstaatlichen Diplomatie hängengeblieben. Und zu Recht sieht die Mehrheit der Bürger in dem bisherigen EU-Projekt eher ein undemokratisches Monstrum der Technokratie als eine Zukunftsalternative zu ihren Nationalstaaten.

Eine einfache Analogie verdeutlicht die bizarre Verfassung des europäischen Staatenbunds: Angenommen, in der Bundesrepublik würde nicht der Bundestag, sondern der Bundesrat, also die Abgesandten der Länderregierungen und -ministerien, alle Gesetze beschließen. Die jeweiligen Vertreter wären jedoch gegenüber den Länderparlamenten weder weisungsgebunden noch rechenschaftspflichtig. Zudem würden alle Verhandlungen unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfinden, die einzelnen Länderdelegierten dürften sogar geheimhalten, wie sie abgestimmt haben. Auch auf die Gesetzentwürfe hätten die Parlamentarier keinen Einfluß. Statt dessen würden die Beschlußvorlagen von einer 12000 Köpfe starken Zentralbehörde verfaßt, die keiner parlamentarischen Kontrolle unterliegt, dafür aber von einer ganzen Heerschar Industrielobbyisten beraten wird. Nur Zyniker würden einem solchen System das Etikett demokratisch zugestehen. Doch genau so findet Woche für Woche europäische Gesetzgebung statt – in Brüssel.

Dort, in einem Bürogebäude im Marmor-Glas-Einheitsdesign am Rondpoint Schuman, versammeln sich beinahe täglich führende Ministerialbürokraten der EU-Staaten, zusammengestellt nach ihren jeweiligen Ressorts. Häufig tagen mehrere Ausschüsse gleichzeitig. Sobald Minister, Staatssekretäre, Botschafter oder ihre niederrangigen Vertreter das Gebäude betreten, erhalten sie verfassungsrechtlich eine zweite Identität: Aus Beamten der Verwaltung werden Mandatsträger des wichtigsten Gesetzgebungsorgans in Europa, des Ministerrats. Sie verändern und verabschieden die Vorschläge der Zentralbehörde, der EU-Kommission. Was dann als «Richtlinie» oder «Verordnung» diese Gremien verläßt, ist bindendes Recht in allen 15 Mitgliedsländern, unabhängig vom Willen der jeweiligen nationalen Parlamente. Diese werden bei der Umsetzung in nationale Gesetze zu bloßen Akklamationsorganen reduziert. Dergestalt schreibt sich die Exekutive der EU-Staaten ihre Gesetze selbst, unter Ausschluß der Öffentlichkeit und in stetig wachsendem Ausmaß. Mindestens ein Drittel der bundesdeutschen Gesetze des vergangenen Jahrzehnts wurde nach diesem Prinzip geformt.

Die faktische Aufhebung der Gewaltenteilung zugunsten der Brüsseler Räteherrschaft ist die Wurzel für das Unbehagen der Bürger gegenüber der europäischen Einigung. Schon die Wahlen zum sogenannten Parlament in Straßburg sind eine wiederkehrende massive Mißachtung des Souveräns. Egal für welche Parteien die Wähler votieren, keiner der Mächtigen auf dem Brüsseler Parkett muß hernach seinen Sessel räumen. Ganze gesellschaftliche Interessengruppen bleiben systematisch von der Entscheidungsfindung auf EU-Ebene ausgeschlossen. Gegen die international organisierte Industrie mit ihren rund 5000 bezahlten Lobbyisten können Gewerkschaften, Umwelt- und Verbraucherschützer in Brüssel nicht einmal auf die Öffentlichkeit hoffen. Eine schlechte Presse ist für die Eurokraten allenfalls so unangenehm wie schlechtes Wetter.»

aus: H.P. Martin, H. Schuman: *Die Globalisierungsfalle – Der Angriff auf Demokratie und Wohlstand* S. 301 f.

be des «Bretton-Woods-Systems» (System fest fixierter Wechselkurse)[2] durch die Industrie-Staaten, die in den siebziger Jahren begann (S. 71ff); andererseits die seit den achtziger Jahren in den westlichen Industrieländern sich durchsetzende Politik der Liberalisierung und der Deregulierung der Märkte, welche sich an der Wirtschaftslehre des sogenannten «Neoliberalismus» orientiert (S. 153ff). Die Folgen dieses globalen Wettbewerbs sind die kontinuierliche Nivellierung von Löhnen, Sozial- und Umweltstandards nach unten, die Aushebelung des Sozialstaates und schließlich die eigentliche Entwertung der Politik, indem die «Akteure der Finanzmärkte die Steuerung der Wirtschaft übernehmen und der Politik nur noch die Rolle des machtlosen Zuschauers bleibt» (S. 71). In diesem Zusammenhang weisen die Autoren auch auf die falschen Versprechungen der Vertreter dieser «Freihandels»-Politik[3], welche stets mehr Wohlstand für alle in Aussicht stellen, was sich in der Praxis jedoch meist als eine Umverteilung von unten nach oben entpuppt (S. 155ff.). Im weiteren beschreiben die Autoren das Aufkommen der neoliberalen Wirtschaftspolitik in den USA seit der Reagan-Ära, wobei diese Form der Wirtschaftspolitik und die damit verbundenen Managementmethoden inzwischen auch auf

Europa übergreifen. Liberalisierung bisher geschützter Märkte (etwa Luftverkehr, Telekom-Bereich) führt stets zu erhöhtem Konkurrenzdruck und Preiskampf der Anbieter, was letztendlich Rationalisierungsmaßnahmen, Lohnabbau und Massenentlassungen zur Folge hat (S. 186ff). In diesem Zusammenhang beschreiben die Autoren auch die Praxis der Einflußnahme von Investoren auf Konzernleitungen in den USA. Der Druck von seiten dieser Anleger führt dazu, daß die Konzernleitungen sich genötigt sehen, ihre Unternehmensziele vornehmlich auf die Gewinnmaximierung zugunsten der Aktionäre («Shareholder Value») hin auszurichten. Dies führt in der Praxis zu permanenten Umstrukturierungen (Fusionen, Übernahmen etc.), Auslagerungen von weniger gewinnbringenden Geschäftsbereichen und Massenentlassungen (S. 164ff).

In den letzten drei Kapiteln des Buches wenden sich die Autoren vermehrt der EU zu und sparen hierbei nicht mit Kritik an der von Lobbyisten beeinflußten «Brüsseler Räteherrschaft» (S. 302), der «Gesetzgebung im Hinterzimmer» (S. 304). In äußerst prägnanter Weise beschreiben sie hier den Aufbau und die Funktionsweise der EU. Abschließend versuchen die Autoren eine Zukunftsperspektive zu entwickeln. Hierbei gehen sie davon aus, daß durch eine konsequente Demokratisierung eine nach außen handlungsfähige EU entstehen könnte, welche in der Lage wäre, das Primat der Politik vor der Wirtschaft wiederum herzustellen («Die europäische Alternative», S. 322ff). Im letzten Kapitel ihres Buches («Zehn Ideen gegen die 20:80-Gesellschaft») formulieren sie diese Überlegungen in Form von Thesen, wobei sie unter anderem auch die Erhebung einer Umsatzsteuer auf den Devisenhandel vorschlagen.

Insgesamt muß das Werk als eine ausgezeichnete Charakterisierung des sogenannten Globalisierungsprozesses der Wirtschaft betrachtet werden. Die Autoren weisen sich als außerordentlich gut informiert aus und haben die von ihnen beschriebenen Zusammenhänge offenbar über Jahre hinweg verfolgt. Sie sind durchwegs bemüht, anhand von Beispielen aus Politik, Wirtschaft und Finanzwelt der jüngsten Zeit[4] die Zusammenhänge und die Funktionsweise der «Globalisierung» anschau-

Zbigniew Brzezinski und das Tittytainment für die Arbeitslosen

«Im Fairmont* wird eine neue Gesellschaftsordnung skizziert: reiche Länder ohne nennenswerten Mittelstand – und niemand widerspricht.
Vielmehr macht der Ausdruck ‹tittytainment› Karriere, den der alte Haudegen Zbigniew Brzezinski ins Spiel bringt. Der gebürtige Pole war vier Jahre lang Nationaler Sicherheitsberater von US-Präsident Jimmy Carter, seither beschäftigt er sich mit geostrategischen Fragen. ‹Tittytainment›, so Brzezinski, sei eine Kombination von ‹entertainment› und ‹tits›, dem amerikanischen Slangwort für Busen. Brzezinski denkt dabei weniger an Sex als an die Milch, die aus der Brust einer stillenden Mutter strömt. Mit einer Mischung aus betäubender Unterhaltung und ausreichender Ernährung könne die frustrierte Bevölkerung der Welt schon bei Laune gehalten werden.»

Die Globalisierungsfalle, S.12 f.

Im alten Rom nannte man das «Panem et circenses» (Brot und Spiele) ...

Die Redaktion

* *Hotel in San Francisco*

Rudolf Steiner über das Verhältnis der Arbeitenden und der Arbeitslosen

Man wird, wenn das, was ich jetzt vor Ihnen mechanischen Okkultismus nenne, in das Gebiet der praktischen Wirksamkeit tritt, was ein Ideal jener geheimen Zentren ist, man wird nicht nur für fünf- oder sechshundert Millionen Menschen Arbeit leisten können, sondern man wird für tausend und mehr Millionen Menschen Arbeit leisten können. *Dadurch wird die Möglichkeit gegeben sein, daß innerhalb des Gebietes der englisch sprechenden Bevölkerung neun Zehntel der Menschenarbeit unnötig wird.*
[Kursivsetzung durch die Redaktion]

Aber der mechanische Okkultismus macht möglich nicht nur, daß man neun Zehntel der Arbeit, die heute noch von Menschenhänden geleistet wird, entbehren kann, sondern er macht es auch möglich, daß man jede aufständische Bewegung der dann unbefriedigten Menschenmasse paralysieren kann.

1. Dezember 1919; enthalten in
Die soziale Grundforderung unserer Zeit (GA 186)

lich und verständlich zu vermitteln. Das stellenweise reportageartig geschriebene Buch ist mit zahlreichen Quellenangaben versehen. Ein Register könnte vielleicht bei einer späteren Auflage noch beigefügt werden.

In einem Punkt muß den Autoren jedoch widersprochen werden. In ihrem Versuch, eine Zukunftsperspektive zu entwickeln, gehen sie unter anderem davon aus, daß eine *demokratisierte* EU das geeignete Instrument wäre, um das Primat der Politik vor der Wirtschaft wiederum herzustellen, um gegenüber dem internationalen Finanzmarkt «sozialverträgliche Lösungen» durchzusetzen (S. 328). In diesem Zusammenhang gilt es zu bedenken, daß die heutige EU ganz aus dem Geiste des Parlamentarismus der westeuropäischen Einheitsstaaten heraus entstanden ist. Die maßgeblichen politischen Kräfte dieses Parlamentarismus (Regierungen, Parlamente, Lobbyisten) haben ja, was die Autoren in eindrücklicher Weise zeigen, Schritt um Schritt gerade erst die Voraussetzungen für den gegenwärtig ablaufenden, von der Finanzwelt dominierten Globalisierungsprozeß der Wirtschaft selbst mitgeschaffen. Wie könnte man da nun annehmen, daß ein europäischer Super-Einheitsstaat genügend unabhängige Persönlichkeiten an die Spitze bringen könnte, welche die notwendigen Ideen in Taten umzusetzen wüßten? Dies hieße nun wirklich den Bock zum Gärtner machen zu wollen. In einem parlamentarisch-einheitsstaatlich organisierten Europa würden aufgrund der mit einem solchen Gebilde verbundenen Unüberschaubarkeit die transnationalen Konzerne mittels ihrer Lobbyisten und ihrer Verbindungen in punkto Gesetzgebung immer das Sagen haben. *Das Hinarbeiten auf einen nach einheitsstaatlichen Prinzipien organisierten europäischen Bundesstaat würde nur noch weiter in die falsche Richtung führen.* Die von den Autoren beschworene heute notwendige Widerherstellung der Balance zwischen Politik (Sozialstaat) und der Wirtschaft (S. 312) kann nicht durch das Errichten immer unüberschaubarerer Gebilde (Überparlamente, Überstaaten) erreicht werden. Die Balance zwischen Politik und Wirtschaftsleben kann erst durch eine «soziale Dreigliederung» erreicht werden, bei welcher auch das dritte Glied des sozialen Organismus, das Geistesleben, die ihm gebührende Stellung einnehmen könnte.

Andreas Flörsheimer, Möhlin (CH)

---

1 Anhand der Schilderung einer Konferenz der 500 weltweit führenden Politiker, Wirtschaftsführer und Wissenschaftler im Fairmont-Hotel in San Francisco Ende September 1995 illustrieren die Autoren, welche Zukunftsperspektiven für das 21. Jahrhundert sich diesen Persönlichkeiten ergeben: Durch die rasch voranschreitende «Globalisierung» der Wirtschaft würden in Zukunft nur noch 20 % der Arbeitskräfte benötigt werden («Einfünftel-Gesellschaft»). Der Rest der arbeitsfähigen Bevölkerung solle, wie sich der ehemalige Sicherheitsberater von US-Präsident Carter, Zbigniew Brzezinski, an dieser Konferenz ausdrückte, mittels «tittytainment», einer Art Unterhaltungsspektakel, bei Laune gehalten werden.

2 Benannt nach dem Tagungsort der Finanz- und Währungskonferenz der UNO im US-Bundesstaat New Hampshire (Juli 1944).

3 In diesem Zusammenhang kann hier auf das Binnenmarkt-Projekt der EG verwiesen werden. Bei Einführung des EG-Binnenmarktes («Europa 1992») wurde ein Wachstumsschub von 4.5 % und die Schaffung von zusätzlichen 6.5 Millionen Arbeitsplätzen in Aussicht gestellt (Cecchini-Bericht 1988). Tatsächlich führte die Schaffung des EG-Binnenmarktes jedoch zu einem ungeheuren Rationalisierungsschub verbunden mit einem entsprechenden Ansteigen der Arbeitslosenzahlen und der Haushaltsdefizite in den EG-Staaten. «Der Binnenmarkt geriet zur wahren ‹Wettbewerbspeitsche› (Die Zeit) für die europäische Industrie» (S. 159). Das Projekt des Europäischen Binnenmarktes «setzte eine riesige Konzentrationswelle in der Privatwirtschaft in Gang, welche mindestens 5 Millionen Arbeitsplätze kostete» (S. 186).

4 Eindrücklich ist diesbezüglich etwa die Schilderung der Vorgänge im Zusammenhang mit der mexikanischen Währungskrise (Ende 1994/Anfang 1995), als die US-Regierung zusammen mit dem Internationalen Währungsfond (IWF), der Bank für Internationalen Zahlungsverkehr (BIZ) und der kanadischen Regierung in einer Notaktion Stützungskredite von über 50 Milliarden Dollar zur Verfügung stellte, um den Zusammenbruch der mexikanischen Währung abzuwenden. Regierungsstellen und internationale Finanzinstitutionen hatten hier den mexikanischen Peso gestützt, um drohende Währungsverluste namhafter Bankhäuser und privater Investorengruppen abzuwenden. Mit Hilfe von Steuergeldern der westlichen Industrienationen wurden hier gewissermaßen Anleger, die sich infolge verlockender Renditemöglichkeiten auf dem mexikanischen Kapitalmarkt verspekuliert hatten, freigekauft (S. 70). – Unter anderem beleuchten die Autoren auch die Hintergründe der durch gezielte Währungsspekulationen hervorgerufenen Krisen des Europäischen Währungssystems (EWS) im August/September 1992, bei welchen das britische Pfund und die italienische Lira wegen übergrosser Kursverluste aus dem EWS herausgenommen werden mussten. Die vergeblichen Bemühungen, diese Währungen mittels Stützungskäufen zu stabilisieren, hatten damals Europas Notenbanken und damit auch den Steuerzahler rund 100 Milliarden DM gekostet (S. 89).